

Kurbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung (40. - öffentliche - Sitzung am 1. Oktober 2015)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 - HG 2016 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4093](#)
- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2015 - 2019**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/4163](#)

*Der Ausschuss beriet den **Einzelplan 02** - Staatskanzlei -, den **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit den **Kapiteln 50 86 und 50 87** -, den **Einzelplan 09** - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit den **Kapiteln 50 96, 09 04 Titelgruppe 61, 09 10, 09 30 und 09 31** - sowie den **Einzelplan 15** - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz - mit den **Kapiteln 51 52 und 51 53**. Er nahm die **Einbringung** durch Staatssekretärin Honé entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.*

2. **Digitaler Binnenmarkt in Europa: Chancen für Niedersachsen nutzen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3839](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Nrn. 1 und 2 des Antrags entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er verständigte sich darauf, die abschließende Beratung in seiner Sitzung am 19. November 2015 durchzuführen.

3. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Bundesratsdrucksache 406/15), entgegen und bat die Landesregierung, ihn weiterhin schriftlich über die aktuellen Entwicklungen zu unterrichten.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung**

- a) Unterrichtung zu den entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
- b) Unterrichtung über den aktuellen Stand der EU-Förderung im Hinblick auf die Insolvenz der „neue Arbeit Lüneburg/Uelzen“

Der Ausschuss nahm die - schriftlichen - Unterrichtungen zur Kenntnis.

5. **Ausschussreise auf die Iberische Halbinsel vom 13. bis 18. Juni 2016**

Der Ausschuss erörterte weitere Planungsschritte und Konkretisierungen zu Themen und Orten.

6. Terminabsprachen, Verschiedenes

Der Ausschuss kam überein, am Rande des Oktober-Plenums eine Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung über den noch einzubringenden Entwurf eines Gesetzes zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages durchzuführen.